

Titel der Drucksache:

Bundesmittel für die Defensionskaserne

Drucksache

2429/16

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	16.11.2016	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Stadtrat eine entscheidungsfähige Vorlage einschließlich eines entsprechenden Konzepts zum Abruf der Bundesmittel für die Defensionskaserne aus dem Bundesprogramm „Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung, Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“ bis zum ersten Quartal 2017 vorzulegen.

15.11.2016, gez. i.A. Bergmann

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2016	2017	2018	2019
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Für Erfurt ergeben sich im Rahmen des Programms „Substanzerhaltung und Restaurierung von unbeweglichen Kulturdenkmälern von nationaler Bedeutung, Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“ Bundesmittel aus dem Denkmalschutzsonderprogramm 2017 in Höhe von 580.000 Euro für die Sanierung der Defensionskaserne. Jetzt gilt es, diese Mittel zügig durch ein abgestimmtes Konzept zu untersetzen.

Die Dringlichkeit des Antrags begründet sich in der Notwendigkeit einer zeitnahen Beantragung der Mittel, damit die Verwaltung genügend Zeit zur Antragsvorbereitung hat und mögliche Fristen am Ende zeitlich nicht überschritten werden.